linKS zeitung

Informationen der Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Stadtparlament Jg. 5 2/11

ROTGRÜNE VEREINBARUNG

Lange Verhandlungen wenig Verbindliches

Die Vereinbarung von SPD und Grünen. Lange Verhandlungen, viele Absichtserklärungen, wenig Substanz.

Nach dem deutlichen Wahlerfolg der Grünen - die Zahl ihrer Sitze stieg von 12 auf 18 an - sollte man meinen, dass die Vereinbarung mit der SPD eine klare grüne Handschrift trägt. Auch wenn man sucht, findet sich kaum etwas, was als originär GRÜN anzusehen wäre.

Wo sind die grünen Kernthemen?

Der Flughafen Calden - ist abgehakt und kommt überhaupt nicht mehr vor. Dass das unselige Bauvorhaben, dessen dauerhafte Belastung der betroffenen öffentlichen Haushalte gar nicht mehr abgestritten wird, inzwischen erneut um 23 Mio. Euro auf 248 Mio. Euro angestiegen ist, gar nicht mehr erwähnt wird, ist ein Offenbarungseid für grünes Verhandlungsgeschick. Die 22 Mio. Euro stille zusätzliche Reserve für das Projekt sind noch nicht einmal dazugerechnet.

Beim Gewerbegebiet Langes Feld wurde ein Stillhalten bis zum Jahresende vereinbart. Der Schwarze Peter wird an die engagierten BürgerInnen und Bürgerinitiativen geschoben. Die sollen es jetzt richten und dürfen versuchen, einen Bürgerentscheid herbeizuführen. Der kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn am Ende eine Mehrheit und zugleich mehr als ein Viertel aller Wahlberechtigten zustimmen. Das wären mehr Stimmen, als Hilgen bei der OB-Wahl erhielt. Mit diesem Trick glauben die Grünen, vor den Wählern gut dazustehen, weil sie meinen, dass nur wenige die Rosstäuscherei durchschauen.

Bürgerhaushalt - da war doch was?

Ja, genau! Mit dem Bürgerhaushalt wollte Hilgen in der letzten Legislaturperiode ganz groß rauskommen. Er wurde aber (mal wieder) von seinem Kämmerer dupiert, weil Dr. Barthel auf so etwas keinen Bock hatte. Der torpedierte das Ganze dann erfolgreich, so dass die Idee - im Ansatz gut - schnell wieder in der Versenkung verschwand. Jetzt ist er wieder zurück, der Bürgerhaushalt, so nebulös allerdings, dass Barthel sich noch nicht mal die Mühe wird machen müssen, ihn erneut zu Fall zu bringen: „Wir streben an, neue Ansätze und Prozesse jenseits des rechtlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Aufstellung des städtischen Haushalts zu erproben und einzusetzen.“ Auf deutsch: wir machen nix! Die Nebelkerzen sind aber schon mal erfolgreich geworfen!



Demo beim ersten Spatenstich am Flughafenneubau Calden kurz nach der vorletzten Kostensteigerung. Aktuell sind schon wieder 45 Mio Euro dazugekommen, das jährliche Defizit im Betrieb bleibt weiter unbenannt.

Wie ernst es mit neuen Ansätzen jenseits der rechtlich vorgeschrieben Verfahren gemeint ist, hat die SPD beim Langen Feld vorexerziert. Die Bürgereingabe, mit der ein Faktencheck, eine von der Verwaltung unabhängige Bewertung der Eingaben im Bebauungsplanverfahren gefordert wurde, ist von der SPD rundweg abgelehnt worden.

Umwelt und Klima

RotGrüne Vereinbarung: „Wir streben eine Verdoppelung der Sanierungsquote im Gebäudebestand an“. RotGrüner Haushaltsentwurf 2012: Der vorher schon mickrige Ansatz für öffentliche Gebäudesanierung wird erneut abgesenkt! Für uns ist das politisch unehrlich und das Gegenteil von Grün.

Für Energiesparmaßnahmen bei städtischen Gebäude stehen - sage und schreibe – 50.000 Euro im Haushalt. Mehr als ein Einfamilienhaus lässt sich damit aber nicht energetisch sanieren! Hierzu passt, als ob nicht längst Zeit zum Handeln wäre, dass „Die Stadt …eine Strategie zur Klimaanpassung entwickeln und prüfen wird“. Auch da sieht man: SPD und Grüne sind wild entschlossen, das Klima in Kassel zu retten!

Bürgerfreundlichkeit

Weil es schön klingt und angesagt ist, die Bürgerfreundlichkeit, lautet die entsprechende Passage in der Vereinbarung: „Darüber hinaus streben wir eine noch stärkere Bürgerfreundlichkeit der gesamten

Stadtverwaltung an.“ Und damit es nicht nur schön blumig bleibt, sondern auch mal konkret wird, schreiben die beiden Partner – allerdings erst weiter hinten – wie das konkret aussehen soll. Klar, mit Einsparungen und Schließungen. In diesem Fall mit der Schließung der Bezirksstellen! Vorne nach Gutem streben, hinten Bezirksstellen streichen! So macht man das!

Wohnungspolitik und Stadtentwicklung

„Wir wollen ... Modellprojekte zum Wohnungsumbau mit Eigentümergesellschaften und Privaten im Entenanger- und Pferdemarktquartier.“ Das klingt nach offener und schleichender Privatisierung von öffentlichem Wohneigentum, nach Modernisierung zu Lasten der Menschen, die in diesen Quartieren wohnen und nach Verdrängung der jetzigen Bewohner. Wir brauchen aber guten und bezahlbaren Wohnraum für alle, das heißt angesichts der Armut in Kassel auch einen Wiedereinstieg in den sozialen Wohnungsbau. Der kommt aber in der Vereinbarung nicht vor, nicht einmal als Begriff! Ähnlich sieht es mit der Stadtentwicklung aus. Die Grünen haben mit dieser Vereinbarung vorab Ja gesagt zur Anmietung von Büroflächen bei Salzmann und zur Bebauung des Karlsplatzes durch einen privaten Investor. Sind sie jetzt von allen guten Geistern verlassen? Um die Rendite des Investors Rossing zu retten bzw. zu steigern, sollen nun Steuergelder zur Anmietung von Büroflächen aufgewendet werden. Ohne nachgewiesenen Bedarf, ohne Konzept für Salzmann, ohne ein Verfahren, aus dem erkennbar wird, was für die Stadt die beste Lösung in dieser komplexen Frage ist? (In dieser Ausgabe gibt es hierzu noch einen gesonderten Beitrag)



Kosten der Unterkunft positiv geregelt

Einer der wenigen erfreulichen Punkte im Papier der beiden Partner ist die Vereinbarung zu den Kosten der Unterkunft bei Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften. Die Pauschalierung der Unterkunftskosten war ein vorsätzlicher und systematischer Rechtsbruch. Bis zuletzt gedeckt durch SPD und Grüne. Erst durch eindeutige Gerichtsurteile, den von uns beantragten Untersuchungsausschuss und die Strafanzeige gegen die Verantwortlichen wurde die Stadt letztlich zur Korrektur gezwungen. Jetzt erklären SPD und Grüne, dass die Unterkunftskosten in Zukunft nicht mehr pauschaliert werden sollen, obwohl die CDU-FDP-Regierung in Hessen dies den Kommunen ermöglicht.

Während SPD und Grüne an ihrer politischen Lyrik feilten, zeigen Magistrat und Stadtverwaltung, welcher Kurs in Zukunft gefahren wird. Aufhebung von Tempo-30-Strecken - gegen die Proteste der Anwohner und Ortsbeiräte. Das OK zur Erweiterung des DEZ - gegen die Interessen einer lebendigen Innenstadt gerichtet. Stopp der Sanierung an der Albert-Schweitzer-Schule - inzwischen wieder aufgehoben!

Das muss einen alles nicht wundern, denn im Kern folgt die Vereinbarung den Grundsätzen der Hilgenschen+Barthelschen Stadtpolitik: neue Flächen für Gewerbe und Bauland bereitstellen, Steuergelder für private Investitionen einsetzen, ein Loblied auf das Jobcenter (vormals AFK) und damit auf Hartz IV singen und beim städtischen Haushalt kräftig kürzen. Das - so muss man folgern - ist nun ganz offen auch die neue „grüne Handschrift“.

Norbert Domes

Kommunalwahl 2011 Nachbetrachtung

Auch wenn unsere Wählerinnen und Wähler und wir selbst im März nicht in Jubel ausgebrochen sind: das Ergebnis für unsere Fraktion bei den Kommunalwahlen vom Frühjahr 2011 war insofern positiv, als unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Fukushima viel mehr an Stimmen für uns Linke einfach nicht drin war. Die Kommunalpolitik und damit die Gewichtung der erbrachten Leistungen standen im Hintergrund, und es waren in erster Linie die Grünen, denen das Unglück von Fukushima die Urnen füllte. Und trotzdem: Unsere erfolgreiche, an den Interessen der sozial Schwächeren orientierte Politik ist honoriert worden, ebenso wie unsere dauernde, oft zugespitzte Kritik an den vermeintlich alternativlosen Großprojekten der großen Rathausparteien. Sicherlich wurde auch unsere immer wieder eingeforderte Kultur des Dialogs auf allen Ebenen belohnt. Zusammen mit einem kreativen und offensiven Wahlkampf, in den viele Genossinnen und Genossen einbezogen waren, konnten viele Wählerinnen und Wähler überzeugt werden, uns erneut ihr Vertrauen und ihre Stimme zu geben. Dafür wollen wir uns, mit Verspätung, hier bedanken.

Dass SPD und Grüne jetzt in Kassel fast mit einer 2/3 Mehrheit regieren können haben beide nicht unwesentlich den schon erwähnten Ereignissen in Japan zu verdanken. Sicherlich auch dem Tatbestand, dass sich die CDU insgesamt in einem desaströsen Zustand befindet: personell, inhaltlich, von der Außendarstellung her und überhaupt. Wer erinnert sich noch an eine gute Initiative oder Idee der CDU Fraktion in den letzten Jahren? Tendenziell niemand, weil’s da nix zu erinnern gibt.

Dass den Grünen das temporäre Hoch in der Wählergunst nicht für immer erhalten bleibt, zeigt der Wahlausgang in Berlin. Bald werden sie sich auch in Kassel wieder auf ihr Normalmaß zurecht schrumpfen und dann wird klar, dass ihr Kassel-Ergebnis vom Frühjahr 2011 mehr Fukushima als der konkreten Arbeit in Kassel zu verdanken war. Hier haben sie nämlich - wie wir immer wieder nachgewiesen haben - Vieles mitgemacht, was eigentlich nicht auf grünen Fahnen steht. Wir dürfen nur an das Mitstimmen für den Haushalt erinnern, in dem die Gelder für den Flughafenausbau enthalten waren - um nur ein Beispiel zu nennen.

Für uns jedenfalls sind die 6,67 % Wählerstimmen Bestätigung und Auftrag zugleich: weiter zu machen wie bisher! Möglicherweise müssen wir uns noch mehr reinhängen in die verschiedenen außerparlamentarischen Initiativen, um weiteren Sozialabbau, ungestüme Gewerbeentwicklung und eine Fortführung der Privatisierung von öffentlichem Eigentum mit allen Mitteln zu bekämpfen und zu unterbinden. Möglicherweise müssen wir auch nachbessern bei unserer Öffentlichkeitsarbeit, bei unserer Zeitung und bei den Flugblattaktionen, denn auf die HNA und andere Medien können wir uns nicht verlassen.

Wer jedoch geglaubt hat, dass wir uns vielleicht gefrustet oder enttäuscht darüber, dass unsere engagierten 5 Jahre Fraktionsarbeit in der Stadtverordnetenversammlung nicht mit Stimmengewinnen belohnt worden sind, nun zurückziehen oder bescheidener werden, wird sich getäuscht sehen. Mit uns, mit der Kasseler – Linken, muss weiterhin gerechnet werden. Darauf können sich alle verlassen.

E. Jochum

BÜNDNIS GEGEN RECHTS

Wehret den Zuständen - aktiv gegen Nazis und Rassismus – auch in Kassel

Sind Nazis in Kassel ein Problem? Zum Glück ist die politische Lage in diese Stadt besser als in Teilen Sachsens, Mecklenburg-Vorpommerns oder auch Dortmunds, wo gewaltbereite Nazis mit Aufmärschen und Übergriffen alltäglichen Terror ausüben. Doch auch in Kassel gibt es Neonazis und Übergriffe. Die Sachbeschädigungen am Büro der LINKEN in der Schillerstraße und das Beschmieren von Wahlplakaten mit Hakenkreuzen zeigen, dass extrem rechte Gruppen auch hier nicht vor Gewalttaten zurückschrecken.

Und es gibt organisierte extreme Rechte, wie die Kameradschaft „Sturm 18“ in der Nordstadt oder die Neonazis vom „Freien Widerstand Kassel“, die in enger Verbindung mit der hessischen JN (Junge Nationaldemokraten – Jugendorganisation der NPD) stehen. Die einen provozieren insbesondere am Wesertor Migrantinnen und Migranten und alle, die sie als „Gegner“ identifizieren. Die anderen konzentrieren sich auf Propaganda und die Teilnahme an bundesweiten Neonaziaufmärschen. Diesem Spektrum dürfte auch die Sachbeschädigung am Kasseler Gewerkschaftshaus vor dem 1. Mai 2010 zuzuordnen sein. Eine dritte Gruppe sammelt sich um den bekannten Nazischläger Marcus E., der einerseits Fußball-Hooligans um sich schart und andererseits in den Naziskandal um den zurückgetretenen Chef der Freiwilligen Feuerwehr Bettenhausen-Forstfeld Christian W. verwickelt war.

Gegen solches Treiben mobilisierte das Kasseler Bündnis gegen Rechts, dem Parteien, Gewerkschaften, antifaschistische Initiativen und Organisationen, kirchliche Gruppen und Einzelpersonen angehören, am 17. September zu einer Demonstration vom Kulturbahnhof in die Nordstadt.



Bei einem solch breiten gesellschaftlichen Bündnis blieb es nicht aus, dass es in Vorbereitung dieser Aktion intensive Diskussionen gab. Reicht es gegen Neonazis aufzutreten? Müssen wir uns nicht deutlicher gegen jene wenden, die „aus der Mitte der Gesellschaft“ Rassismus und Naziideologie fördern? Welcher Zusammenhang besteht zwischen Wirtschaftskrise, der Abwälzung der Krisenlasten auf die breite Mehrheit der Bevölkerung und dem Anwachsen extrem rechter politischer Gruppen?

Ergebnis war, dass im Aufruf und der Aktion klar Position bezogen wurde nicht nur gegen Neonazis, sondern gegen alle Formen von alltäglichem Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit, wie man sie am Arbeitsplatz, in der Schule, im Supermarkt, in den Leserbriefspalten der Tageszeitungen, in scheinbar anonymen Internet-Foren oder anderen Orten des täglichen Zusammenlebens erlebt. Dabei muss – so heißt es in dem Aufruf – „dieser Widerstand gegen Neofaschismus und Rassismus verbunden werden mit dem Eintreten für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.“

Das Bündnis gegen Rechts und die Teilnehmenden der Demonstration machte mit dieser Aktion den Kasseler Neonazis und ihren (un-)heimlichen Sympathisanten deutlich:
„Wir treten gemeinsam ein gegen Rassismus, Fremdenhass, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“

Bernd Kant

Fronttransparent der Antifademo am 17.9.11



BILDUNGSTREIK 11

Neuer Bildungsstreik im November

Hunderttausend SchülerInnen gingen 2008 nach langem Stillhalten wieder bundesweit für eine bessere Bildung auf die Straße. Den krassen LehrerInnenmangel, die viel zu großen Klassen, den ständigen Druck wollten SchülerInnen in ganz Deutschland nicht mehr länger hinnehmen. Mit den folgenden Bildungsstreiks, gemeinsam mit Studierenden und Azubis, haben die Jugendlichen Flagge gezeigt. Hier und da wurden Verbesserungen erkämpft. In NRW wurden bspw. die Kopfnoten und die Studiengebühren abgeschafft.

Aber noch immer leiden SchülerInnen und StudentInnen unter einer Bildungspolitik, die eigentlich Sparpolitik ist. Während Banken und Konzerne wieder Rekordgewinne verbuchen und die deutschen Kriegseinsätze Milliarden von Euro vernichten, kommt vom Aufschwung an den Schulen nichts an.

Klassenzimmer verschimmeln, Bücher zerfallen zu Staub und die Bahnfahrt zur Schule wird immer teurer. Noch immer werden Jahrgänge nach der Grundschule aufgeteilt, noch immer bestimmt die Herkunft auf welcher Schule ein Kind landet. Der Stundenausfall erreicht neue Höhepunkte, der Druck wächst ständig weiter an. G8 und Abschlussprüfungen verschärfen die Auslese und führen zu einer problematischen Elitebildung in der Gesellschaft. Der ständig zunehmende Leistungsdruck raubt den SchülerInnen den Schlaf und verdirbt ihnen den Spaß am Lernen. Unter alldem leiden auch die LehrerInnen und Eltern.

Die erkämpften Erfolge reichen nicht aus. Ein Kampf gegen eine Bildungspolitik, die den SchülerInnen die Zukunft verbaut, muss her.

Mit den doppelten Abiturjahrgängen und dem Aussetzen der Wehrpflicht drängen nun noch einmal deutlich mehr Jugendliche auf zu wenig Studien- und Ausbildungsplätze. Die jetzt schon unhaltbare Situation an den Unis hat sich damit erneut verschärft.

Es ist an der Zeit, die Verhältnisse wieder mal zum Tanzen zu bringen. Wer an Schulen und Unis grundlegend etwas verändern will, braucht einen längeren Atem als die Bildungskiller. Bundesweite Streiks und kontinuierliche Arbeit durch SchülerInnenvertretungen und Streikkomitees an Schulen und der Protest an den Unis müssen Hand in Hand gehen.

Am 17.11.2011 findet ein weiterer bundesweiter Bildungsstreik von SchülerInnen, Azubis und Studierenden statt. Es wird gemeinsam mit Eltern und LehrerInnen demonstriert.

Am 15.11.2011 wird bundesweit informiert und mobilisiert – durch Vollversammlungen, Flashmobs und weitere Aktionen!

www.bildungsstreik.net/kassel/



KdU Mietobergrenze wird abgesenkt

Im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport am 24. August wurde ein Mitte Juni fertig gestelltes Gutachten zur Ermittlung der Angemessenheitsgrenzen der Kosten der Unterkunft vorgestellt.

Das von der Stadt Kassel beauftragte Institut Wohnen und Umwelt aus Darmstadt erläutert darin auf über 40 Seiten seine Vorgehensweisen und die Ergebnisse.

Die vom Institut ermittelten angemessenen Mieten liegen dort für BezieherInnen von Hartz IV unter dem bisher anerkannten Betrag (Wohngeldtabelle plus 10%).

Andere Fachkundige wie z.B. VertreterInnen der Wohnungsbaugenossenschaft 1889, des Mieterbund Nordhessen, des DGB Nordhessen, des Verdi Erwerbslosenausschusses, der Kasseler Erwerbslosen Initiative (K.E.I) oder des Haus- und Grundeigentümerverbands wurden nicht angehört. Ein Antrag der Kasseler Linken mit der Forderung der Anhörung wurde von SPD, Grünen und CDU bereits im Juni abgelehnt.

Das Gutachten und eine Kurzpräsentation können auf der Internetseite der Kasseler Linken unter www.kasseler-linke.de eingesehen werden.

LANDESHAUSHALT

Schwangerschaftskonfliktberatung

Für das Jahr 2012 plant die hessische Landesregierung drastische Kürzungen bei der pauschalen Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatung.

Der Entwurf der Landesregierung sieht in seiner jetzigen Fassung drastische Kürzungen bei den Personalkosten bei den Beratungsstellen vor. So soll z.B. die Förderungspauschale von aktuell 79.371 € pro Stelle in den kommenden 5 Jahren auf durchschnittliche 65.000 € pro Jahr und Stelle gekürzt werden. Damit würde die Förderungssumme im Jahr 2012 unter dem Stand von 2006 liegen. Vorgesehen ist auch eine Kürzung der Entgeltgruppe der SozialpädagogInnen, die in den Beratungsstellen arbeiten.

Stadtverordnete gegen geplante Gesetzesänderung

Die Fraktion der Kasseler Linken verurteilt diese Kürzungspläne der Hessischen Landesregierung.

Aus diesem Grund hat die Fraktion einen Antrag gegen die geplante Streichung von Geldern im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport vorgelegt, dem Ende August in der Stadtverordnetenversammlung zugestimmt wurde. In diesem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, von der Gesetzesänderung Abstand zu nehmen.

Anhörung im Landtag

In einer öffentlichen Anhörung im Hessischen Landtag am 1.September wurden die Kürzungspläne von der Liga der Freien Wohlfahrtspflege und den kommunalen Spitzenverbänden kritisiert. „Die Beraterinnen und Berater der Schwangerenberatungsstellen müssen eine angemessenetarifliche Vergütung für ihre Arbeit erhalten. Nur so lässt sich die hohe Beratungsqualität in den Schwangerenberatungsstellen aufrechterhalten. Qualität in der Sozialpolitik hat eben ihren Preis“, heißt es in einer Pressemeldung der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V.

Konsequenzen möglicher Kürzungen

Die Kürzungen bei den Trägern von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen werden dazu führen, dass Zuschüsse der Kommunen und Eigenmittel der Träger zur Abfederung der Landeskürzungen benutzt werden müssen und ihrem eigentlichen Zweck entzogen werden. Das wiederum wird sich stark auf die Qualität der Gesamtarbeit der Beratungsstellen auswirken und zu Lasten der Beschäftigten und ergänzender Aufgaben gehen. Besonders kleinere Trägervereine können Kürzungen dieser Größenordnung nicht durch internes Umverteilen abfedern.

Die Kasseler Linke fordert: die Beratungsarbeit muss durch eine solide Finanzierung sichergestellt werden und als ein flächendeckendes plurales Angebot bestehen bleiben.

Aus diesem Grund ist von der Kasseler Linken eine weitere Anfrage geplant, die sich mit den Konsequenzen der möglichen Kürzungen für die Stadt Kassel befassen soll.

Nix Neues vom Sozialpass in Kassel

Die neue Stadtverordnetenversammlung arbeitet inzwischen.

Die SPD-Fraktion und die Grünen haben nach langen Verhandlungen eine Koalitionsvereinbarung geschlossen. Allerdings enthält sie keinerlei Festlegungen und keine Silbe über den Sozialpass oder ein Sozialticket!

Im Januar noch hatten alle Stadtverordneten einstimmig beschlossen, dass der Magistrat „gebeten“ wird, im Sozialausschuss - noch vor der Sommerpause 2011 - Möglichkeiten zur Einführung eines „Kassel-Pass“ für Bezieher niedriger Einkommen vorzustellen. Bis jetzt gibt es noch immer keinen Vorschlag des Magistrats. Bitten reichen ganz offensichtlich nicht aus.

Auch nach der Wahl und nach dem Aufschwung: Es gibt in Kassel nach wie vor viele Menschen mit niedrigstem Einkommen. Ihre Armut schließt sie von Mobilität, sozialer und kultureller Teilhabe aus. Sie stehen im Alltag oft vor großen Hürden. Wer z.B. den Bildungsscheck für die Kinder beantragen will, muss vorher mehrfach in die Stadt, um bei Vereinen, Schulen, freien Trägern anzufragen, um Informationen zu erhalten und Anträge zu stellen. Allein dieses Beispiel zeigt, wie wichtig Mobilität ist. Aber auch für die Gesundheit und eine wirtschaftliche, kostengünstige Haushaltsführung müssen viele Wege zurückgelegt werden.

In anderen Ländern und Städten tut sich gerade jetzt, in Krisenzeiten, bei allen Parteien viel. Besonders erfolgreich sind die Entwicklungen derzeit in Nordrhein-Westfalen.

Auch in Kassel bleibt dieses soziale Anliegen auf der Tagesordnung! Neben den Kasseler Linken sind es jetzt wieder die Jusos, die dankenswerterweise die Forderung aktuell erhoben haben. Wenigstens auf einen Berechtigungsausweis, den Kassel-Pass, für die bestehenden Vergünstigungen haben wir gehofft und werden uns weiter dafür einsetzen.

Petra Aulepp-Wulff



Protestaktion des Verdi Erwerbslosenausschuss Nordhessen und der Kasseler Erwerbslosen Initiative am Rand des bundesweiten Tafeltreffens im Juni auf dem Friedrichsplatz

Foto: Michael Katzer

SALZMANN

Stadt gibt alles damit die Kasse stimmt

Solange Lohse – inzwischen Senator in Bremen – noch grüner Baudezernent in Kassel war, konnte Hilgen sein Geschenk an den Investor beim Industriedenkmal Salzmann, Herrn Rossing, nicht so einfach über den Magistratstisch ziehen. Denn Lohse war strikt dagegen. Als Geschenk war an eine großzügige Anmietung von Rathausbüroflächen bei Salzmann gedacht.

Das Veto von Lohse hat Hilgen mächtig geärgert, weil er doch zu gerne noch vor den Kommunalwahlen etwas Vorzeigbares gehabt hätte. Insofern ist der Tatbestand, dass Lohse die Lust an Kassel verloren hat, positiv für ihn ausgegangen. Denn in den Vereinbarungen für die neue Legislaturperiode mit den Grünen hat die SPD den Deal mit Rossing nun als nicht mehr verhandelbar durchgesetzt. Und die Grünen kuschen. Aber um was geht es eigentlich?

Nach dem zweiten Debakel um die Multifunktionshalle – schon immer Chefsache – will Hilgen jetzt wenigstens das markante Industriedenkmal in Bettenhausen retten und dabei dem privaten Akteur Rossing massiv unter die Arme greifen. Ganz offensichtlich war man sich in den Verhandlungen um die zweite Multifunktionshalle näher gekommen - ein Mann, ein Wort und so weiter. Wer aber eine Entscheidung darüber trifft, wie die fehlenden Flächen für Rathausbüros entweder geschaffen (sprich gebaut) oder angemietet werden, die z.Z. überall verstreut und teuer angemietet in verschiedenen Stadtteilen liegen, muss eigentlich anders vorgehen. Denn die richtige Fragestellung lautet nicht: wie viele Quadratmeter muss man für wie lange und für wie viel Geld bei Rossing in Bettenhausen anmieten, damit sich für den der vielleicht voreilige Erwerb des alten Industriedenkmals rechnet, sondern: wo liegt die beste Lösung für die Stadt? Es handelt sich jedoch um eine - zugegebenermaßen - komplexe, schwierige Frage, die viele stadtentwicklungpolitische und ökonomische Aspekte enthält. Von großer Bedeutung ist die Erreichbarkeit für Beschäftigte und Kunden. Denn für die ist es nicht wurscht, ob sie von Harleshausen oder der Nordstadt, wenn sie vom oder im Rathaus was brauchen, dafür dann nach Bettenhausen fahren müssen.

Auf einer Liste mit vielen möglichen in Frage kommenden Standorten könnte natürlich durchaus auch Bettenhausen draufstehen. Die weitere Entwicklung des Kasseler Ostens und der Erhalt des bedeutenden Industriedenkmals Salzmann sind durchaus relevante und wichtige kommunalpolitische Ziele. Aber ob sich am Ende Salzmann, ein neues Gebäude auf dem Karlsplatz (direkt neben dem Rathaus in zentraler Lage) oder ein anderer Standort als am Günstigsten herausstellt für die Stadt und ihr Bürgerinnen und Bürger, muss erst noch geklärt werden: in einem offenen, von Phantasie und Kreativität geprägten intelligenten Such-, Findungs- und Planungsprozess.

Jetzt nur Rossing die Taschen zu füllen, damit sich dessen Investition rentiert und weil das Multihallenprojekt gescheitert ist, sind keine ausreichenden Motive. So wie's aussieht, wird die Chance, mit der Schaffung oder Anmietung fehlender Büroflächen für's Rathaus gleich mehrere städtebaulichen Probleme intelligent und auf einen Schlag zu lösen, mal wieder verspielt. Wie so oft. Leider.

E. Jochum



STADTTEILPOLITIK

Dr. Barthel streicht Stadtteilzentrum

Die seit einem Jahrzehnt gewachsene und bewährte vielseitige Struktur der Altenarbeit in Niederzwehren soll nach dem Willen des Stadtkämmerers Dr. Barthel (SPD) beerdigt werden. Gesundheitsvorsorge durch Walking und Gymnastik, Kultur und Literatur, Basteln und Kommunikation geben jetzt noch den Rahmen für viele ältere Menschen, die sich im Elisabeth-Selbert-Haus treffen und jung halten. Anstatt für den in Altersteilzeit gehenden bisherigen hauptamtlichen Mitarbeiter einen Nachfolger zu suchen, will die Stadt das Angebot ganz streichen. Angeblich sollen die bisherigen Mittel umgenutzt werden für Menschen, die pflegebedürftig sind und ihr Haus nicht mehr verlassen können. Insoweit die Stadtverwaltung hier einen Bedarf erkannt hat, wäre es lobenswert dafür zusätzliche Finanzmittel einzusetzen.

„Was nicht angeht, ist der jetzige Versuch, immobile gegen noch mobile ältere Menschen auszuspielen“ so Axel Selbert, Sozialpolitischer Sprecher der Kasseler Linken. Ob dann frei werdende Mittel im gleichen Umfang ausgegeben werden, ist zu bezweifeln. Schon heute werden von den im Haushalt zweckgebunden eingeplanten Mitteln häufig nur um die 60% tatsächlich ausgegeben. Zudem ist anzunehmen, dass die SPD das Bürgerhaus mit seinen Unterhaltungskosten ganz los werden will. Das steht im Einklang mit den erklärten Plänen von SPD und GRÜNEN auch das Bürgerbüro Süd (Bezirksstelle Niederzwehren) zu schließen.

Die Kasseler Linke fordert OB Hilgen auf, die Existenz des Elisabeth-Selbert-Hauses als Bürgerhaus in Niederzwehren und die Organisation der dort stattfindenden Altenarbeit durch die AWO ohne finanzielle Einschränkungen weiter zu unterstützen. Die Entscheidung hierüber darf nicht, wie von OB Hilgen zur Besänftigung angekündigt, auf die lange Bank geschoben werden. Nur durch eine Haushaltsentscheidung des Stadtparlaments kann die Finanzierung der Arbeit auch im nächsten Jahr gesichert werden und eine personelle Nachfolgeregelung getroffen werden.



Die ausgefüllten Unterschiftenlisten könnt ihr im Fraktionsbüro der Kasseler Linke im Rathaus loswerden. Dazu einfach die gesamte Seite von der Zeitung abtrennen.

BÜRGERBEGEHREN „LANGES FELD“ in KASSEL

Mit meiner Unterschrift beantrage ich die Durchführung eines Bürgerentscheids nach § 8b Hessische Gemeindeordnung zu folgender Frage:

„Sind Sie dafür, auf die gewerbliche Bebauung des ‚Langen Feldes’ in Kassel-Niederzwehren, das bisher als wichtige klimabedeutsame Fläche dient und als Naherholungsgebiet genutzt wird, zu verzichten?“

Begründung: Viele Kasseler Bürgerinnen und Bürger sind gegen eine Bebauung des Langen Feldes mit gewerblich genutzten Gebäuden. In einer von der HNA am 05.03.2011 veröffentlichten Umfrage sprachen sich 34% gegen und 31% für ein Gewerbegebiet aus. Deshalb soll in einem Bürgerentscheid über diese für die Entwicklung der Stadt Kassel zentrale Frage entschieden werden. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung hat die Aufstellung eines Bebauungsplans für ein Gewerbegebiet „Langes Feld“ beschlossen. Die Stadtverwaltung prüft derzeit Einwände gegen den Bebauungsplan. Der Bürgerentscheid richtet sich - unabhängig vom Planungsrecht – gegen die Nutzung von Flächen der Stadt Kassel oder möglicher Rechtsnachfolger für eine gewerbliche Bebauung. Eine landwirtschaftliche Nutzung wäre dagegen weiterhin möglich. **Die Kaltluftentstehung und Frischluftventilation auf dem Langen Feld, welche das Klima und damit die Gesundheit der Bürger im stark belasteten Kasseler Becken beeinflusst, bliebe erhalten.**
Kosten: Durch den Verzicht auf gewerbliche Bebauung entstehen keine Kosten

Als Vertrauenspersonen werden benannt:

1. Dr. Rhea Thoenges-Stringaris, Im Rosental 31A, 34132 Kassel
2. Patrick Roedern, Westring 63, 34127 Kassel
3. Norbert Eichel, Zum Berggarten 72, 34130 Kassel

Hinweis: Bitte lesbar schreiben! Gültig sind nur Unterschriften von in Kassel wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern!

	Name	Vorname	Geb.	PLZ, Ort	Straße	Datum	Unterschr.	Bemerk. d. Behörde
1.				34…. Kassel		2011		
2.				34…. Kassel		2011		
3.				34…. Kassel		2011		
4.				34…. Kassel		2011		
5.				34…. Kassel		2011		
6.				34…. Kassel		2011		
7.				34…. Kassel		2011		

Panzer aus Kassel nach Saudi-Arabien

Wir sagen NEIN zu Panzerlieferungen aus Kassel nach Saudi-Arabien, zu Rüstungsexporten aus Kassel und wir sagen JA zur Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte. Zur Rüstungskonversion in Kassel, für neue Perspektiven der in der Rüstungsindustrie Beschäftigten. Eine breite Diskussion darüber ist überfällig.

Modernste Kampfpanzer für Saudi-Arabien, in diesen „Hort der Demokratie und Menschenrechte“, in das Land, das als einziges von außen die Demokratiebewegungen der arabischen Länder mit Panzern bekämpfte, nämlich in Bahrein! Und im eigenen Land wurde und wird jede Kritik schon im Keim erstickt. „Arabischer Frühling“, aber doch nicht in Saudi-Arabien, wozu hat man denn die Panzer! Und immer wieder spielen dabei die in Kassel ansässigen Rüstungsunternehmen „Rheinmetall“ und „Krauss-Maffei-Wegmann“ eine unrühmliche Rolle.

Viele Initiativen sammeln Unterschriften für ein Verbot der Panzerlieferungen und für eine Rüstungskonversion, vom Kasseler Friedensforum über die Linke und andere politische Gruppierungen bis hin zur evangelischen und katholischen Kirche. Unsere Fraktion hat einen Antrag „Keine Rüstungsexporte aus Kassel“ für die Stadtverordnetenversammlung gestellt. Das wird sicher eine spannende Diskussion darüber werden, ob es überhaupt ein Thema für die Kommunalpolitik sein darf. Wir sagen, das Thema muss im Kasseler Parlament diskutiert werden, es ist zu wichtig, um es den Rüstungs- und Kriegsgewinnlern zu überlassen. Knüpfen wir an die Tradition der 1950er Jahre an: Weil Kassel 1943 vor allem wegen seiner Rüstungsbetriebe fast vollständig in Schutt und Asche bombardiert wurde und Tausende dabei starben, gab es in den 1950er Jahren einen großen Widerstand gegen eine erneute Militarisierung in Kassel. Und es war gerade das Stadtparlament, in dem eine „dramatische Redeschlacht“ tobte, um Kassel als Garnisonsstadt und um eine erneute Rüstungsproduktion in Kassel zu verhindern, wie die „Hessische Nachrichten“ am 5.3.1956 berichtete.



Kämpfen wir gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft, setzen wir uns konsequent für den Frieden ein, damit es nicht eines Tages heißt: „Rüstungsgüter aus Kassel sorgen für Tod auf den Schlachtfeldern in der ganzen Welt“. Deshalb noch einmal: Keine Panzer nach Saudi-Arabien!

Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer



http://kasselerrathausblog.wordpress.com/

www.kai-boeddinghaus.de

Terminkalender

Treffen, Veranstaltungen, Aktionen, Demos...

Jeden Donnerstag 14- 16 Uhr
BürgerInnensprechstunde
Tips rund um Soziales und ALG II
Fraktionsbüro Rathaus Zimmer W 25
nicht in den Schulferien

3. 11. Offene Fraktionssitzung 19 Uhr
Kulturzentrum Schlachthof Raum 3

Jeden Donnerstag 14.00 - 15.00 Uhr,
Die Linke Schillerstr. 21 Bürgersprechstunde zu ALG I und ALG II für Stadt Kassel und Kassel Land
nicht in den Schulferien

Aktuelle Termine findest Du unter
www.kasseler-linke.de/termine

Impressum

linKS zeitung

Herausgeber: Fraktion Kasseler Linke
ViSdP: Norbert Domes
Red: Eckhard Jochum
Obere Königsstraße 8 , 34117 Kassel
Tel 0561 787 3315,
E-Mail kontakt@Kasseler-Linke.de
www.kasseler-linke.de
Auflage: 6.000
Druck: Grafische Werkstätten
Layout: Leonie Blume, Jann Hellmuth

+ DIE + LINKSZEITUNG

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke. ASG erlaubt, den Namen weiterzuverwenden.